



Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 11 Mainz, den 11.03.2010

Evaluation der Lebensarbeitszeit der Polizei:

Erster offizieller Austausch mit Regierungsfraktion

Ginge es um einen Koalitions- oder Tarifvertrag wäre wohl „Sondierungsgespräch“ die richtige Überschrift für das erste formelle Treffen von GdP-Vertretern mit der SPD-Regierungsfraktion zum Thema Lebensarbeitszeit (LAZ) der Polizei.



Michael Hüttner, Heinz Werner Gabler, Jochen Hartloff, Ernst Scharbach, Wolfgang Schwarz, Bernd Becker

An dem Treffen nahmen seitens der Fraktion der Vorsitzende Jochen Hartloff, Polizeisprecher Michael Hüttner MdL und der Abgeordnete Wolfgang Schwarz aus Landau teil. Auf GdP-Seite trugen der Vorsitzende Ernst Scharbach und seine Vertreter Heinz Werner Gabler und Bernd Becker vor, dass es grundsätzlich darum gehe, die Regelung von 2004 rückgängig zu machen und zu der besonderen Altersgrenze von 60 Jahren für Polizistinnen und Polizisten zurückzukehren.

Allerdings wurden auch andere vorstellbare Wege diskutiert. Einigkeit herrschte bei der Bewertung des Nachreiner-Gutachtens, wonach Polizeidienst generell eine besondere Belastung darstellt. Diese Belastung wird zusätzlich durch polizeispezifische Dienstzeiten, wie etwa Wechselschichtdienst verschärft. Daraus folgte einhellig die Meinung, dass gerade solche Zeiten differenzierter als bisher zu berücksichtigen sind und faktorisiert werden müssen.

Weitere denkbare Änderungsmöglichkeiten, beispielsweise die Reduzierung auf grundsätzlich 62, auf die dann die Reduzierung durch besonders belastende Zeiten aufsetzt, oder eine Reduzierung um ein Jahr Lebensarbeitszeit bei 40 und mehr Jahren Polizeidienst wurden von den GdP-Vertretern angesprochen. Die SPD-Parlamentarier sagten zu, solche oder ähnliche Lösungsmöglichkeiten in die Prüfung einzubeziehen.

Jochen Hartloff berichtete, er habe im Nachgang zur Bekanntgabe des Nachreiner-Gutachtens bereits in einem Brief an den Innenminister die zu beleuchtenden Bereiche beschrieben und hinterfragt, welche Folgen – je nach Änderung – zu erwarten seien. Natürlich sei eine sehr genaue Folgenabschätzung erforderlich. Personalstärke, Haushalt und Ausbildungskapazitäten setzten Grenzen, fügte Michael Hüttner hinzu, was aber grundsätzlich nichts an der Bereitschaft ändere, den Erkenntnissen aus der Evaluierung auch Änderungen folgen zu lassen. Die Anregung aus dem Gutachten, die besonderen Belastungen des Polizeidienstes bei allen polizeilichen Tätigkeiten, also über den Schichtdienst hinaus, genauer zu überprüfen, wurde von der Fraktion positiv aufgenommen.

Offen waren sicherlich Fragen bei der Einschätzung der Tätigkeiten des höheren Polizeidienstes. Die GdP fordert eindringlich, die Ungleichbehandlung von gehobenem und höherem Polizeidienst aufzugeben. Ernst Scharbach: "Die Annahme, dass die Belastung im höheren Dienst geringer ist, als bei den Kollegen des gehobenen Dienstes, geht völlig an der Realität vorbei. Die GdP wird auch an dieser Stelle nicht locker lassen!"

Die GdP betonte: Wenn die Lebensarbeitszeit verlängert wird, muss der Arbeitgeber auch für gesunde Rahmenbedingungen sorgen. Die GdP hat für die betriebliche Gesundheitsförderung bereits eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet und in Teilen auch schon mit den Fachleuten im Innenministerium diskutiert. Den Absichten müssen nun auch Taten folgen! Jochen Hartloff wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Prof. Nachreiner in seinem Gutachten auch die Frage von ungesunden Schichtrhythmen angesprochen habe. Auch diese Fragen seien sicher weiter zu vertiefen.

Aus Sicht der GdP ist hier vorrangig das Problem, dass die Schichtrhythmen, gleich welcher Art, permanent durch Einsätze auf allen Ebenen, Kontrollmaßnahmen, Ergänzungsdienste und Auffüllen anderen Dienstgruppen unterbrochen und ad absurdum gestellt werden. So auch Prof. Nachreiner: Die Arbeit strukturiert das Leben. Gerade im Schichtdienst ist Regelmäßigkeit wichtig!

Es wurde vereinbart, sehr eng im Gespräch zu bleiben. Hartloff: „Vor der Sommerpause sollte der Entscheidungsprozess abgeschlossen sein“. Ernst Scharbach bedankte sich für die klar erkennbar vorhandene Bereitschaft, sich mit den GdP-Argumenten und Vorschlägen auseinanderzusetzen.